

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No 467

Mittwoch, 1. September 2010

16. Jahrgang

„Die staatliche Indigenenpolitik ist reine Kosmetik“

Die politischen Erfolge der indigenen Bevölkerung Guatemalas sind zweifellos ein Ausdruck ihres Organisationsgrades. Historisch ein immer ausgeschlossener und diskriminierter Sektor, bauten die indigenen Völker nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen Strukturen auf, dank derer sie die Umsetzung dieser und anderer Abkommen einfordern konnten. Im folgenden Interview stellt Santiago Bastos, Autor des kürzlich erschienen Buchs „El Movimiento Maya en la década después de la Paz 1997 – 2007“ (Die Maya-Bewegung in der Dekade nach der Friedensunterzeichnung) die These auf, dass nicht zuletzt die neoliberale Öffnung und die zunehmende Ausbeutung der Naturressourcen durch transnationale Unternehmen dazu beigetragen haben, dass die indigenen Organisationen gestärkt und ihre Forderungen zur Kenntnis genommen wurden. Das Interview erschien am 6. August in der Nr. 1858 von Inforpress Centroamericana.

Frage: In welchem Kontext muss man die Situation der indigenen Völker Guatemalas sehen?

Santiago Bastos: Die indigenen Bewegungen Guatemalas sind Teil der Bewegungen in Lateinamerika, wobei es länderübergreifende Gemeinsamkeiten gibt, aber auch länderspezifische Elemente. In Guatemala muss man das Thema Indigenas und alles, was damit zu tun hat, im Kontext des bewaffneten Konflikts sehen. Dieser prägte zwar die ganze Gesellschaft, doch im Fall der Mayas ist es wegen des an ihnen verübten Genozids eine spezielle Situation. Es gibt die Hypothese, dass der Genozid und die repressive Politik stattfanden, weil die indigene Bevölkerung schon zu einem grossen Grad organisiert war und deshalb ein ausgezeichneter Verbündeter für die Guerilla war und dass diese Verknüpfung ausschlaggebend war für alles, was danach geschah. Die staatliche Reaktion war Gewalt und Repression, die sozialen Strukturen wurden zerschlagen, die AnführerInnen verschwanden oder wurden umgebracht. Die Militarisierung und der Einsatz der Zivilpatrouillen zerstörten nicht nur die Möglichkeit eines indigenen Aufstands, sondern eine ganze Generation von Menschen. Es ist wichtig, die Auswirkungen der Repression in die Interpretation der aktuellen Situation einzubeziehen – und es ist ebenso wichtig, anzuerkennen, dass sich die indigenen Völker trotz allem organisierten.

Frage: Obwohl sich die Organisation hat aufrechterhalten können, ist es nie gelungen, in gewisse politische Sphären einzudringen und auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Weshalb nicht?

S.B.: Die Frage der Beteiligung am Staat stellte sich bereits in den 80er Jahren, als die Militärdiktaturen demokratischen Transformationen wichen, was den indigenen Bewegungen Auftrieb gab. Sie stellt sich erneut im Kontext des Neoliberalismus, der versucht, die sozialen AkteurInnen in staatliche Aufgaben einzubinden. Die Friedensverhandlungen schufen eine Konjunktur, die es den Indígenas, aber auch anderen Sektoren erlaubte, am Staat teilzunehmen, was bis dahin ein absolutes Tabu war. Mit der Gründung der paritätischen Kommissionen wurde dieses Tabu gebrochen, und die Maya-Bewegungen sahen ihre Beteiligung am Staat als legitim an.

Das Problem ist, dass dieses nationale Engagement auf Kosten der lokalen Arbeit geschah. Man verlor den Bezug zur Basis, die Arbeit der AnführerInnen konzentrierte sich auf die Hauptstadt, und die Organisation der Basis wurde vernachlässigt. Entsprechend hatten jene indigenen RepräsentantInnen, die sich in staatliche Strukturen begaben, auch keinen Rückhalt von unten, und wenn es darum ging, im Kongress z. B. das Gesetz über indigene Sprachen durchzubringen, konnte keine Mobilisierung auf die Beine gestellt werden. In diesem Moment trat die internationale Kooperation auf den Plan, deren Unterstützung nicht so sehr in Geld, sondern in politischem Druck auf die Regierung bestand.

Damit konnte man einiges erreichen, doch nicht die fehlende politische Unterstützung der Basis ersetzen. Dies sieht man an verschiedenen Institutionen wie z. B. der Akademie der Maya-Sprachen oder dem Indigenen-Fond FODIGUA, die wichtig sind, aber nicht die Aufgabe erfüllen, für die sie gegründet wurden – weil der Staat kein Interesse daran hat. Den Staat interessiert es nur, wenn z. B. Norwegen Geld für eine Institution geben und man somit die „ewig fordernden Mayas“ ruhig stellen kann.

Frage: Während der Friedensverhandlungen gab es eine Annäherung zwischen den Indígenas und der BäuerInnenbewegung. Welche Methoden wählten sie, um politisch Einfluss zu nehmen?

S.B.: Es gab vor dem Krieg schon eine Allianz dieser beiden Sektoren, die jedoch durch die Repression zerstört wurde. In den 80er Jahren fand erneut eine Annäherung statt, im Rahmen der Friedensabkommen sprach man vom „indigenen BäuerInnenkampf“. Bereits zuvor gab es jedoch eine Bewegung, die sich nicht über die landwirtschaftliche, sondern über die kulturelle Ausbeutung und Unterdrückung identifizierte. In den 60er Jahren sprachen sie von der Indio-Kultur, in den 80er und 90er Jahren identifizierten sie sich dann als Maya-Volk, als ein Kollektiv, das bereits vor der Ankunft der Spanier existierte. Man kämpfte für die Rückeroberung der Selbstbestimmung, der Würde, der kulturellen Rechte. Doch eigentlich ging es darum, über die eigene Zukunft zu bestimmen – was auf der Gegenseite die entsprechende Angst vor Separatismus auslöste. So wurde z. B. das Thema der Autonomie nicht in das Friedensabkommen über die Identität der indigenen Völker aufgenommen. Es wurden zwar politische Spielräume eröffnet, aber es fehlte an Einflussmöglichkeiten, um über ein gewisses Niveau hinauszukommen.

Frage: Als Volk haben die Mayas der Repression und der Gewalt widerstanden. Ist Resistenz der einzige Weg, um die Identität zu bewahren?

S.B.: Da hat sich etwas verändert. Seit dem 15. Jahrhundert bis heute war es ein passiver Widerstand, nicht so sehr politische Forderungen oder Demonstrationen. Die Leute besitzen eine riesige Fähigkeit, auszuhalten. Wenn man von kultureller Reinheit spricht, ist es am Schluss die Fähigkeit, sich anzupassen und trotzdem sich selber zu bleiben, welche die Indígenas auszeichnet. Der gemeinschaftliche Zusammenhalt trägt das Seine dazu bei. Die Veränderungen, die seit den 80er und 90er Jahren auszumachen sind, manifestieren sich darin, dass der passive Widerstand sich in öffentliche politische Forderungen wandelt und eine klare politische Ausrichtung zum Ausdruck kommt. Heute sehen wir am Beispiel des Widerstands gegen die Megaprojekte eine Mischung dieser beiden Formen: Auf Gemeindeebene üben die Leute passiven Widerstand, lassen sich trotz aller Repression nicht vertreiben, und politisch artikulieren sie dezidiert ihre Forderungen.

Frage: Gibt es eine ideologische oder philosophische Strömung, mit der sich die Maya-Bewegung identifiziert?

S.B.: Ja, auch wenn es innerhalb der Bewegung einen breiten Fächer von ideologischen Optionen gibt, nicht nur politisch linke oder rechte, es gibt auch die klassische, die kulturalistische, die autonomistische Ausrichtung usw. Aber in all dem gibt es eine Idee, die alle eint, und das ist die Idee eines Maya-Volks, eines Kollektivs, einer gemeinsamen Geschichte und Kultur. Dieses Bewusstsein ist etwas anderes als ein Klassenbewusstsein, es geht mehr von einem menschenrechtlichen Ansatz aus, vom kollektiven Recht auf eine eigene Sprache, auf Land, auf Bildung, Kultur, Autonomie, auf Selbstbestimmung. Die indigene Bewegung konsolidiert sich in einem Moment, in dem sie nicht mehr von anderen abhängig ist, weder von der Kirche noch von der Guerilla oder von den Vereinten Nationen.

Frage: Sind politische Maya-Organisationen wie z. B. Winaq oder andere jüngere Projekte im aktuellen Kontext mehrheitsfähig?

S.B.: Auch diese Organisationen sind Teil der Veränderung. Bisher gab es Gruppierungen, die durch Druck gewisse Spielräume öffnen und etwas Einfluss nehmen konnten. Doch die Entscheide werden im Kongress getroffen, und die Alternativen sind entweder, die Parteien zu „mayanisieren“ oder eine Maya-Partei zu gründen. Bereits 1987 gab es in Guatemala eine indigene Partei. Im Jahr 2003 gewann Evo Morales in Ecuador die Präsidentschaftswahlen und bewies, dass man auch als Indigener an die Macht kommen kann. In Guatemala scheiterte Winaq bei den letzten Wahlen mit bloss 3% der Stimmen. Andere Beispiele in Lateinamerika beweisen, dass es nach 20 Jahren Kampf gelingen kann, an die Macht zu kommen, doch braucht es dazu eine breite Basis, die über den Indigena-Sektor hinausgeht. In Bolivien waren es zuerst die Coca-BäuerInnen, dann die Indígenas und zuletzt alle sozialen Bewegungen, die sich Morales anschlossen. Auch Winaq muss sich, um mittel- und längerfristig erfolgreich zu sein, mit den BäuerInnen, den GewerkschafterInnen und der Mittelschicht verbünden. Ein anderes Problem ist der Personenkult, der Mangel an politischen FührerInnen und eine linke politische Kultur, die es zu überwinden gilt.

Frage: Sie sprechen von einem kosmetischen Multikulturalismus seitens des Staates, dem es nicht gelingt, die Anliegen des Maya-Bewegungen zu verstehen. Was meinen Sie damit?

S.B.: Mit kosmetischem Multikulturalismus meine ich die Politik des Staates, etwas Schminke aufzutragen, ohne strukturell etwas zu verändern. Dahinter steckt die historische Tatsache, dass die ganze guatemaltekische Gesellschaft auf Strukturen der Ungleichheit aufgebaut ist. Diese Ungleichheit betrifft nicht nur die Indígenas, sie betrifft alle und äussert sich in der Gewalt, im Militarismus, im Autoritarismus, im Machismus.

Zu meinen, das Problem sei gelöst, wenn wir nur die indigenen Völker anerkennen, ihre Sprache officialisieren, den zweisprachigen Schulunterricht fördern und die Maya-Kosmvision anerkennen, ist ein grosser Irrtum. Das sind rein oberflächliche Veränderungen.

Interessant ist, dass dieser kosmetische Multikulturalismus – nicht nur in Guatemala – eine Vielzahl von Instrumenten hervorbringt, z. B. das Abkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die sehr nützlich sein könnten. Nun geht es darum, diese Abkommen einzuhalten: sowohl die ILO wie auch die Vereinten Nationen und der Zentralamerikanische Gerichtshof haben die guatemalteckische Regierung dazu aufgefordert: „Ihr habt unterschrieben, jetzt setzt um“.

Dies führt zu einer neuen Form indigener Kämpfe, die sich darauf konzentriert, diese Instrumente zu nutzen. Ein grosses Problem ist allerdings, dass man nicht nur gegen den guatemalteckischen Staat anzukämpfen hat, sondern auch gegen internationale Unternehmen, die sich einen Deut um die nationale Gesetzgebung scheren. Auf der anderen Seite globalisiert sich durch die Beteiligung internationaler Unternehmen auch die Solidarität, wobei man realistisch bleiben muss, was die Einflussmöglichkeiten betrifft. Aber allein die Tatsache, dass der Interamerikanische Gerichtshof den guatemalteckischen Staat aufgefordert hat, das Recht auf Konsultation der indigenen Bevölkerung zu respektieren, ist jedoch ein politischer Erfolg und in dieser Beziehung gibt es noch mehr Spielräume, die genutzt werden könnten.

In den verschiedenen historischen Phasen haben die indigenen Völker wichtige Kämpfe ausgefochten und Erfolge verbuchen können. Heute stehen wir am Beginn einer neuen Phase, in der es darum geht, das Sklaventum und die Diskriminierung zu überwinden. Ob dies gelingt, hängt nicht zuletzt von den indigenen Völkern selber und ihrer Kapazität der Organisation und der politischen Druckausübung ab. Und es bedingt, dass sie Allianzen eingehen, deren Ziel es sein muss, nur nur das Eigene, sondern das ganze Paket und die Umgebung zu verändern.

Ex-Präsident Alfonso Portillo, zwei Ex-Minister und weitere 32 Militärs wegen Unterschlagung vor Gericht

Guatemala, 20. Aug. Die *Internationale Kommission gegen Strafflosigkeit in Guatemala* (CICIG) beschuldigt Ex-Präsident Alfonso Portillo, Ex-Finanzminister Manuel Maza Castellanos und Ex-Verteidigungsminister Eduardo Arévalo Lacs im Jahr 2001 an der Unterschlagung von 120 Millionen Quetzales beteiligt gewesen zu sein.

Der Richter Marco Antonio Villena befand, dass die Beweise ausreichend seien, um einen Prozess wegen Unterschlagung zu eröffnen, was die Verteidigung der Angeklagten natürlich bestreitet. Des weiteren bat der Verteidiger von Arévalo Lacs, die Kaution von vier Millionen Quetzales zurückzuziehen, da sein Klient nicht genug Geld besässe, um sie zu bezahlen, und er ausserdem nur den Anweisungen der Präsidentschaft gefolgt sei. Der Antrag wurde abgelehnt.

Laut Nachforschungen der CICIG autorisierte Maza Castellanos mit Zustimmung von Portillo eine Modifikation des Staatsbudgets. Dies erlaubte, das Geld vom Finanz- ins Verteidigungsministerium zu transferieren. Die Transaktionen wurden unter militärischer Geheimhaltung getätigt, allerdings gingen die Gelder nicht auf den Konten der Armee ein. Vielmehr wurde es am 27. und 28. Februar 2001 beim Bankinstitut Crédito Hipotecario Nacional abgehoben und in persönliche Konten eingezahlt. Diesbezüglich ist ebenso Napoleón Rojas, Ex-Sicherheitsberater von Portillo, beschuldigt, 30 Millionen Quetzales abgehoben zu haben.

Gemäss der Vertreterin der CICIG, Flor de María Gálvez, gibt es Beweise, dass Portillo, Maza, Arévalo und andere Mitglieder des Militärs eine organisierte Struktur bildeten, die öffentliche Gelder veruntreute. So wurde auch bekannt, dass während der Regierungszeit Portillos 32 Militärs an der Hinterziehung von 906 Millionen Quetzales beteiligt waren.

Die Schlussfolgerungen der CICIG lauten, dass die Regierungsadministration der *Republikanischen Guatemalteckischen Front* (FRG) das Verteidigungsministerium benutzte, um Staatsgelder zu entwenden. Neben den 32 Militärs und den Ex-Ministern stehen BeamtInnen verschiedener Militärbüros (Finanzen, Rechnungswesen etc.) auf der Liste der CICIG, da sie verschiedene Ausgaben unter militärischer Geheimhaltung tätigten.

Während der vier Jahre Regierungszeit der FRG wurden 16 Regierungsabkommen unterzeichnet, die Gelder vom Bildungs-, Gesundheits- und Regierungsministerium abzogen und auf die Militärinstitution überwiesen. Letztere erhielt insgesamt 5, 272 Milliarden Quetzales, von denen 906 Millionen als Begründung die Aufschrift „Militärgeheimnis“ tragen. Allerdings existieren für diese Gelder keine Dokumente, die dies tatsächlich beweisen.

Auch hat man zwei Strategien identifizieren können, die für die Veruntreuungen genutzt wurden: entweder lösten verschiedene Militärs Checks der Armee ein und übergaben das Bargeld ihren Vorgesetzten oder die Checks wurden auf Konten von Familienangehörigen oder Freunden der Militärs einbezahlt.

Neue Aufgaben für die CICIG?

Guatemala, 23. Aug. Falls der Staat Guatemala bei der UNO darum ersucht, würde im September 2011 die dritte Periode von je zwei Jahren für die Internationale Kommission beginnen. Die Grundaufgaben wären die gleichen wie bisher:

- Kriminelle Strukturen in den öffentlichen Institutionen identifizieren und entkräften;
- Politik- und Gesetzesvorschläge unterbreiten, die dem eben genannten Zweck dienen;
- den staatlichen Organismen technische Hilfe leisten, Vertrauen und Sicherheit der MitarbeiterInnen garantieren.

Jetzt stellte Präsident Álvaro Colom die Idee vor, ebenso die Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit mit in das Mandat der CICIG einzubeziehen.

Verschiedenen Menschenrechts-Organisationen heissen diese Idee gut, vor allem weil offensichtliche Verbindungen zwischen den Menschenrechtsverletzungen der Vergangenheit und den heute operierenden Gruppen bestehen. Eine erschöpfende Ermittlung dieses Zusammenhangs wurde bisher nie durchgeführt.

Allerdings ist das Aufgabenfeld der CICIG jetzt schon sehr gross. Weitere Aufgaben zu übernehmen, hiesse, mehr Personal einzustellen und könnte auch eine generelle Schwächung der Institution zur Folge haben. Ferner müssen die verschiedenen Instanzen des Landes über die Änderung des Mandats übereinkommen, es muss mit der UNO abgesprochen werden und letztendlich muss das Ganze vom Kongress ratifiziert werden. Ebenso könnte die Erweiterung des Mandates den Unwillen von Teilen der Gesellschaft gegen die CICIG erwecken, die bis dato die Institution unterstützt haben.

Internationaler Strafgerichtshof beantragt das Rom-Statut zu ratifizieren

Guatemala, 23. Aug. Der *Internationale Strafgerichtshof* (IStGH) beantragte beim guatemaltekischen Kongress, das Rom-Statut zu ratifizieren. Um die Ziele des Rom-Statuts zu erklären, traf sich eine Kommission des IStGH am 20. und 21 August mit Abgeordneten und verschiedenen Organisationen in Guatemala. Die Ratifizierung ist unumgänglich, damit Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Guatemala verfolgt werden können und um eine Wiederholung von Völkermord und Kriegsverbrechen zu verhindern.

Gibt der Kongress dieser Bitte nach, eröffnet sich die Möglichkeit, diese Art der Verbrechen, die seit 2002 begangen wurden, zu bestrafen, ohne auf nationale RichterInnen zurückgreifen zu müssen, da Guatemala dann Teil des IStGH wäre. Da dieses Statut nicht rückwirkend gilt, wird das Gericht nicht die Verbrechen verfolgen können, die weiter zurückliegen wie z.B. der Genozid während des bewaffneten internen Konfliktes.

1998 hatte Guatemala das Statut von Rom unterschrieben, die Ratifizierung steht allerdings noch aus. Laut Oliverio García Rodas, Präsident der *Kammer für Gesetzgebung und Verfassung*, befindet sich ein Gesetzesprojekt schon seit vier Jahren in der Kommission, und es hängt nur noch vom Willen der Abgeordneten ab, es zu unterzeichnen.

Luis Moreno-Ocampo, Erster Chefankläger des IStGH, schätzte seinen Besuch positiv ein, sagte aber auch, dass der Staat Guatemala die Entscheidung über die Ratifizierung treffen müsse. „Es bedeutet immer noch, dass in erster Linie der Staat gegen die Straflosigkeit eintreten muss. Tut er dies nicht, haben wir die Möglichkeit zu intervenieren. Zum Beispiel Kolumbien: dort werden Prozesse gegen Paramilitärs und gegen die Guerilla vom Staat geführt, denn wenn nicht, werden wir einschreiten.“

Neuigkeiten im Fall Rosenberg

Guatemala, 25. Aug. José Miguel Fuxet, Ex-Verwalter der *Laboratorien Lanquetin*, die Eigentum der Gebrüder Eduardo und Francisco Valdés Paiz sind, wurde am 20. August auf freien Fuss gesetzt, nachdem er zugegeben hatte, in einer Verleumdungskampagne gegen Carlos Castresana, ehemaliger Chef der CICIG, verwickelt gewesen zu sein.

In seiner Erklärung gab Fuxet an, dass es etwa 30 Treffen zwischen Familienangehörigen und Anwälten gegeben habe, um zu diskutieren, wie man die Ermittlungen der CICIG gegen die Gebrüder Valdés Paiz behindern könne. Letztere sitzen zur Zeit wegen Verwicklung in die Ermordung des Anwalts Rodrigo Rosenbergs im Gefängnis.

Die Richterin entliess Fuxet in die Freiheit mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft, welche diesen als effizienten Kollaborateur anerkannte, nachdem er seine Schuld eingestanden hatte. Die Anklage wegen „Verschwörung“

wurde zurückgenommen und auf „Behinderung der Justiz“ reduziert. Dafür wurde Fuxet in einem verkürzten Verfahren zu zwei Jahren Haft verurteilt, nachdem er am 9. Juni verhaftet worden ist.

Am 25. August erhoben ausserdem die für die Ermordung Rosenbergs am 15. Juli bereits verurteilten neun Personen Einspruch gegen ihre Urteile. Hauptsächlich geht es der Verteidigung darum, das Strafmass zu minimieren und die Anklage wegen „Mord und illegaler Vereinigung“ auf „Hilfe zum Selbstmord und illegale Vereinigung“ zu ändern.

Der Staat spart sich ... seine Effektivität ?

Guatemala, Mitte Aug. Das Aufstellen eines Haushaltes sieht in Guatemala aus wie überall: Der Finanzminister Guatemalas setzt den Rotstift an, und die MinisterInnen wehren sich. Der Verkehrsminister Guillermo Castillo und der Umweltminister Luis Ferraté nennen die finanzielle Situation der Regierung „kritisch“. Auch wenn niemand weiss, wieviel gespart werden soll: der Finanzminister zitiert alle MinisterInnen zu sich und fordert von ihnen, überall, wo es möglich ist, Geld zu sparen. Aber wo geht das überhaupt noch?

Das Kabinett wird von der Finanzministerialbürokratie informiert, dass unter anderem die Ausgaben für Gehälter und Basisdienste wie Wasser, Licht, Nahrung in Krankenhäusern und Zuchthäusern nicht angetastet werden sollen.

Schön und gut, sagt Castillo, aber diese reichten schon bisher nicht aus, damit all dies auch funktioniert. Ferraté erklärt, dass in den Büros der Regierung Papier recyclet wird, dass es Instruktionen zur Müllvermeidung gebe, dass die Dienstreisen begrenzt würden und der Verbrauch von Wasser, Erneuerge und Telefonkosten gesenkt würden.

Auch der Gesundheitsminister Ludwig Ovalle erkennt, dass die Regierungsstellen eine kritische Zeit durchleben. Obwohl er versuchte, nicht in Schwarz-Weiss-Malerei zu verfallen, befürchtet er, dass die Ausgaben für die sanitären Dienste (besonders für die Bevölkerung im Inneren des Landes) besonders stark von den Kürzungen betroffen werden könnten.

Wie negativ eine Kürzung in diesem Bereich wäre, zeigt eine Analyse des *Oberservatorio de Gastos Sociales* (Beobachtung der Sozialausgaben), die von dessen Direktor José Pedro Mata vom *Internationalen Zentrum für Menschenrechtsforschung* (CIIDH) vorgestellt wurde. Demnach werden Schulkinder sowie die PatientInnen die grössten Opfer von Kürzungen in den Haushalten des Bildungs- und Gesundheitsministeriums sein. Jedem der ca. drei Millionen Schulkinder werden heute bereits weniger als 0,80 Quetzales pro Tag für Speisen zugewiesen, und es sei geplant, dieses Programm um 42 % zu kürzen, und es wird nur mit Mühe erreicht, dass wenigstens 14 % des Anvisierten für die Schulbücher ausgegeben werden.

Arlyn Jiménez, Expertin für Gesundheitspolitik bei der CIIDH, gab die zunächst erfreuliche Kunde, dass die Ausgaben des Gesundheitsministeriums in dem Haushaltsentwurf auf 3,814 Milliarden Quetzales steigen würden. Allerdings reiche diese Summe bei weitem nicht aus, um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Denn es gebe auch Kürzungen, etwa um 191 Millionen Quetzales, bei der Krankenhausversorgung, das entspreche 41 % der gesamten dafür veranschlagten Summe, was sich auf die Einlieferung und Beratung auswirke. Diese Kürzungen verschärften die Krise in den Krankenhäusern, die seit zwei Monaten existiere und grosse Schäden in der Infrastruktur nach sich ziehe sowie den Zugang zu Medikamenten verringere.

Alejandro Aguirre, Fachmann für Landwirtschaft und Ernährung am *Observatorio*, versicherte, dass die Kürzungen auch das Landwirtschaftsministerium betreffen würden, womit die Programme für Nahrungsmittelsicherheit und Rurale Entwicklung in Gefahr seien. Für letzteres wurden jedoch am 18. August vom Finanzausschuss des Kongresses Geldmittel verabschiedet, die auf Krediten der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* beruhen.

... und das Gesetz zur Ruralen Entwicklung?

Guatemala, 17. Aug. Während also einige Projekte der Ruralen Entwicklung auf Kredit finanziert werden, steht die Verabschiedung des Gesetzes zur Ruralen Entwicklung weiterhin aus. Private Sektoren und „ihre“ Abgeordneten im Kongress, insbesondere Mariano Rayo, torpedierten die Verabschiedung des Gesetzes, weil sie befürchteten, dass es zu Veränderungen in den Besitzverhältnissen kommen könnte. Soziale Bewegungen wie die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOG) und die *Allianz für eine Integrale Rurale Entwicklung* (ADRI) haben den Runden Tisch, den der Kongress eingerichtet hatte, aus Protest verlassen. Ihren Protest dagegen brachten die genannten Gruppen sowie die *Nationale Koordination der Indigenen und BäuerInnenorganisationen* (CONIC) am 17. August mit fantasievollen Aktionen auf die Strasse. Der Wettstreit zwischen den BäuerInnen und den Sektoren der Privatwirtschaft geht also weiter.

Mobbing im Bildungsministerium: Vizeministerin tritt zurück

Guatemala, 12. Aug. Die Vizeministerin im Bildungsministerium (Mineduc) Marta Juana López hat am 12. August 2010 ihren Rücktritt eingereicht und dabei in einer Erklärung Diskriminierung als einziges Motiv angegeben.

In der Erklärung heisst es, sie fühle sich insbesondere von ihrem Vorgesetzten, Bildungsminister Dennis Alonso, diskriminiert. Sie habe versucht, die Anerkennung des Rechts auf Bildung für alle, besonders für die indigene Bevölkerung und schutzlosen Kinder, durchzusetzen, was dieser offenbar nicht goutierte.

Sie werde keinerlei rechtlichen Schritte gegen das Ministerium einleiten. Stattdessen werde sie sich der Bewusstseinsbildung für diese Thematik widmen. „Ich werde keinerlei Klagen anstrengen. Ich werde Aktivitäten der Reflexion und Analyse durchführen. Es ist notwendig, dass diese Geissel aus den staatlichen Institutionen verbannt wird, damit die Veränderungsprozesse, die unsere Gesellschaft so nötig hat, eindlich vorangehen“, sagte sie.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-